

Verantwortlicher Redakteur: N. D. Köhler in Stettin.  
Verleger und Drucker: N. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.  
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht  
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt  
15 Pf., im Abendblatt und Neumann 30 Pf.

# Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Annahme von Anzeigen Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten  
Deutschlands: N. Hoffe, Baerlein & Vogler, G. L. Dabbe,  
Grafenbaur, Berlin. Bernh. Arndt, Max Gerhmann,  
Gierisch & Thies, Greifswald G. Jülich, Halle a. S.  
Jul. Bard & Co. Hamburg Joh. Nothmann, A. Steiner,  
William Wilkens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M.  
Heinr. Giesler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

## Eine Katastrophe von der Jaren-Krönung.

Bei den Krönungsfeierlichkeiten in Moskau fehlte es auch nicht an Volksvergüßungen der verschiedensten Art, welche zum größten Theil auf Kosten der Regierung bestritten wurden. Für Sonnabend war ein großes Volksfest auf dem Chodinsky-Platz bei dem Petrowsky-Palais angekündigt, bei welcher neben Speisen und Getränken auch Gedenkstücke an das Volk verteilt werden sollten. Schon am Vorabend hatten sich in der Nähe des Festplatzes Hunderttausende eingefunden, um am Morgen zuerst bei der Verteilung zu sein, es wurde dabei sehr viel getrunken, und am Sonnabend entstand schon früh Morgens ein wilder Tumult, Tausende Betrunkener schlugen Bierkrüge ein und mußten durch Klopfen zurückgetrieben werden, wobei es viele Tote und Verwundete gab. Als die Verteilung begann, entstand ein furchtbares Gedränge, bei welchem zahlreiche Personen erdrückt wurden. Von dem Hofmeister wurde folgendes Telegramm an den „Regierungsboten“ geschickt: „Der glänzende Verlauf der Krönungsfeierlichkeiten wurde durch einen traurigen Vorfall getrübt. Heute, lange vor Beginn des Volksfestes, drängte eine Menge von mehreren Hunderttausenden so ungefühm zum Platz der Verteilung der Gaben auf dem Chodinsky-Platz, daß durch die elementare Gewalt Hunderte von Menschen erdrückt wurden. Die Ordnung wurde alsbald hergestellt. In Folge des ersten Andranges der Menge gab es äußerlich schmerzlicher Weise zahlreiche Opfer. Die genaue Zahl wird bekannt gegeben werden. Nach den Berichten der Polizei bis 4 Uhr Nachmittags betrug die Zahl der Toten 331 und die der Verwundeten 459. Der Kaiser ist tief betrübt durch das Vorkommnis und befehlt, den Opfern eine Unterstützung zu gewähren, je 1000 Rubel an jede verwaltete Familie zu zahlen und die Beerdigungskosten auf seine Rechnung zu nehmen. Wie amtlich festgestellt ist, beträgt die Zahl der bei der gemeldeten Katastrophe getödteten oder ihren Verletzungen erlegenen Personen 1138. Die Hauptschuld an dem Unglück wird den niederen Beamten zugeschrieben, die mit der Verteilung der Geschenke begannen, ehe die Polizei eingetroffen war. Die Letztere soll es aber auch an den rechtzeitigen Anordnungen zur Aufrechterhaltung der Ordnung haben fehlen lassen. Die Verteilung der Becher bekamen vor der anstehenden Menge Angst und, statt die Becher hinreichend zu halten, liefen sie in das Volk hinein. Erst als militärische Hilfe eintraf, gelang es, die Ordnung herzustellen und die Toten und Verwundeten fortzuschaffen.

Die Katastrophe wirkte zwar Anfangs sehr furchtbar, als aber, soweit als möglich, die Ordnung hergestellt war, wurde die Verteilung der Gaben und Gedenkstücke doch fortgesetzt und am Nachmittag fand auf dem Chodinsky-Platz die Audienz des Volkes statt. Als der Kaiser und die Kaiserin von dem Palais nach dem gegenüberliegenden Pavillon abzogen, trugen zahllose Soldaten auf. Die Gesandten begannen die Gaben abzugeben; ein Chor von mehreren tausend Stimmen intonierte unter Begleitung einer Kapelle „Gott schütze den Jaren“. Als sich der Kaiser und die Kaiserin auf dem Balkon zeigten, erscholl von den Hunderttausenden brausende Hurrahs. Das kaiserliche Paar verneigte sich während der ganzen Dauer der Ovation. Die Hymne „Gott schütze den Jaren“ und darauf die Hymne aus „Das Leben für den Jaren“ wurden mehrfach wiederholt und immer wieder von Hurrahs begleitet. Der Himmel war fast wolkenlos. Nach Beendigung der Audienz begab sich das Kaiserpaar nach dem Petrowsky-Palais, wo die Deputationen verschiedener Moskauer Körperschaften, darunter die Deputation der deutschen Kolonie, welche dem Kaiserpaar eine Adresse überreichte, empfangen wurden. Sodann fand in drei gewaltigen Zelten vor dem Palais die Speisung von mehreren Hundert Tausenden statt. Der Kaiser und die Kaiserin durchschritten alle drei Zelte halblaufend. Der Kaiser dankte in einer Ansprache an die Dorfschützen für die ihm ausgedrückten Gefühle der Liebe und Treue. Die Sorge um das Wohl der Bauern sei seinem Herzen ebenso nahe, wie seinem Großvater und seinem unvergänglichen Vater. Die Ältesten müßten der Worte gedenken, welche sein Vater bei der Krönung zu ihnen gesprochen, er wolle, daß diese Worte für die Bauern stets eine feste Stütze bilden, möge Gott ihnen stets Gesundheit und Erfolg in Arbeit und guten Werken

gewähren. Auf die Ansprache des Führers der Abordnung sprach der Kaiser für die ihm ausgedrückten Gefühle und die treuen Dienste seinen Dank aus. Er zweifle nicht, daß der Adel, wie er dies immer gewesen, eine Stütze des Thrones sein werde, er schätze aufrichtig die nützliche selbstlose Theilnahme des Adels an den lokalen Angelegenheiten, er kenne die schwere Zeit, welche der Grundbesitzer durch die Wende, der Adel könne sich aber dessen versichert halten, daß er seine Bedürfnisse in der Sorge um die Wohlfahrt des theuren Vaterlandes nicht vergessen werde.

Der Kaiser und die Kaiserin nahmen die Einladung zu dem beim österreichisch-ungarischen Botschafter am Dienstag stattfindenden Festmahl an.

## Der deutsche Kriegerbund.

Bei der jetzt so viel beklagten unterwühlenden Thätigkeit der völkerverwundenden Sozialdemokratie ist es von nicht zu unterschätzender Bedeutung, daß es im deutschen Vaterlande eine Körperschaft giebt, deren Mitglieder es als ihre vornehmste Pflicht erachten, die Treue zum Reichserbkaiser, die Liebe zum Vaterlande zu pflegen und zu erhalten: den deutschen Kriegerbund. Es gab eine Zeit, wo die Kriegervereinsbewegung und ihre Bedeutung für das soziale Leben der Gegenwart und der Zukunft wenig beachtet wurde. Die sogenannten gebildeten Stände hielten sich fern von einer Bewegung, die von unten herauf sich entwickelte und den einfachen Mann, der des Königs Noth in Ehren getragen hatte, in erster Linie ergriff. Diese Zeit ist glücklicherweise vorüber. Das heilige Feuer der Vaterlandsliebe fliegte über die Gleichgültigkeit und die unbegründete Zurückhaltung, und ganz besonders hat das Jubiläumsjahr unserer letzten großen Siege viele aufgerüttelt. Das zeigt auch der sieben erschiene vierundzwanzigste Geschäftsbericht des deutschen Kriegerbundes.

Noch einmal werden uns in großen Zügen die Ruhmestage des deutsch-französischen Krieges im Geiste vorgeführt, noch einmal werden wir an die Kämpfe und Siege, an die Strapazen und Entbehrungen des Feldzuges, an die gefallenen Kameraden und nicht zuletzt an unsere entlassenen Heldenkämpfer und seine ruhmvollen Generale erinnert. Mit Freude weist der Bericht bei der Schilderung des letzten 19. August, wo auf dem Tempelhofer Feld bei Berlin die drei Berliner Kriegerverbände als die Vertreter aller ihrer preussischen Kameraden vor den Augen ihres Königs in feierlicher Parade standen. Ganz besonderer Dank aber wird dem Kaiser gesendet für die 1,8 Millionen Mark, die fortan an jährlichen Unterhaltungen an 15 000 erwerbsunfähige Veteranen verteilt werden.

Der deutsche Kriegerbund vereinigte am 1. April 1896 in 241 Verbänden und Bezirken 10 163 Vereine mit 864 478 Mitgliedern. Das baare Bundesvermögen beläuft sich auf 773 700 Mark. An Unterhaltung hat der Bund im Jahre 1895 an 5564 bedürftige Kameraden und Witwen 81 217 Mark gezahlt. Die beiden Krieger-Waisenhäuser des Bundes „Glücksburg“ in Wismar, im Jahre 1884 mit 5 Jünglingen, und in Canth in Schlesien, am 15. Juli 1893 mit 26 Jünglingen eröffnet, erziehen jetzt schon 156 Kindern das Vaterland. Die Kriegergedächtnisstätte hat einen Reingewinn von 44 217 Mark erzielt. Der deutsche Kriegerbund umfaßt 3. 371 Sanitätskolonnen, welche sich lediglich nur aus Vereinskameraden zusammensetzen. Sie stellen sich im Kriege zur Verfügung des Reiches, strecken, befähigen ihre Mitglieder aber auch im Frieden, bei plötzlichen Unglücksfällen willkommene Dienste zu leisten. In der Sterbekasse verzeichnet waren am 31. Dezember 1895 21 805 Personen mit 5,27 Millionen Mark.

Am 18. Juni d. J. wird der deutsche Kriegerbund ein denkwürdiges Fest feiern. Das Kaiser Wilhelm-Denkmal auf dem Appellplatz, das deutsche Krieger ihren Erbfeind gewidmet haben, dieses größte und bedeutendste aller zu Ehren des großen Begründers des Reiches errichteten Denkmäler, ist nunmehr vollendet und wird am dem genannten Tage in Gegenwart des Kaisers und der regierenden deutschen Bundesfürsten, sowie in Anwesenheit von Tausenden alter Krieger feierlich der Öffentlichkeit übergeben werden. Wir können uns im Hinblick auf diese bedeutsame Feier nur dem im Bericht gedruckten Wunsch anschließen: Mögen die Gefühle, die seine Begründer beseelten haben, auch die nachkommenden Geschlechter befeelen, mögen

sie erfüllt sein und bleiben von dem Wahlspruch:  
Für Kaiser und Reich!

## Deutschland.

Berlin, 31. Mai. Der frühere französische Botschafter Herbette ist gestern Abend mit seiner Familie nach Paris abgereist. Auf dem Bahnhof verabschiedete sich derselbe von dem Personal der Botschaft in sehr herzlicher Weise. Große Blumenpenden wurden in den Waggon gereicht. Kurz vor Abgang des Zuges erschien noch der Staatssekretär Freiherr von Marischall, um dem scheidenden Staatsmann Lebewohl zu sagen.

Minister Frhr. von Berlepsch empfing am Freitag Vormittag die zu der Sitzung des Vorstandes der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse am 28. d. M. einberufenen gewählten Vertreter des Handwerks, die Herren Kaiser-Berlin, Herzog-Danzig, Hühnel-Breslau und Ringel-Köln. Bei dieser Gelegenheit erklärte Herr von Berlepsch sämtliche in letzter Zeit in der Presse ausgestreuten Nachrichten über seinen beschäftigten Nachtritt sowie die laut gewordenen Befürchtungen wegen des Schicksals der Handwerker-Organisationsvorlage als durchaus unbegründet. Gegen die Organisationsvorlage, die sich nicht Begründung in den Händen der einzelnen Minister befindet, ist irgendwelcher Einspruch bisher nicht erhoben worden, und es steht zu hoffen, daß der Gegenentwurf Ende Juni, spätestens aber Anfang Juli dem Bundesrat zugehen und dann zur Veröffentlichung kommen wird.

Der Abmarsch der für Süd-Westafrika bestimmten Verstärkungen hat gestern Abend unter lebhafter Beteiligung der Bevölkerung stattgefunden.

Vom „Sozialist“ ist die letzte Nummer konfiguriert worden wegen des Leitartikels „Die blutige Maidode“ und eines Artikels „Betrachtungen“ von dem seiner Zeit in Paris hingerichteten Anarchisten Emil Henry.

Die Hauptversammlung der deutschen Kolonial-Gesellschaft fand am Sonnabend in der deutschen Kolonial-Ausstellung in einem besonders hergerichteten Zelt vor dem Hauptrestaurant unter dem Vorsitz Sr. Hoheit des Herzogs Johann Albrecht zu Mecklenburg unter sehr zahlreicher Beteiligung statt. Nachdem der Jahresbericht genehmigt war, wurde in die Beratung der neuen Satzungen eingetreten, welche dadurch notwendig wurde, weil die Gesellschaft die Rechte der juristischen Person erwerben will. Nach längerer Debatte wurde in die Satzungen ein Passus eingeschoben, wonach die Bildung von mehreren Abteilungen in einer Stadt der Genehmigung des Vorstandes unterliegt. Nachdem die Satzungen angenommen worden waren, wurde der Ausschuss beauftragt, die Geltung der korporativen Rechte zu kündigen, deres zu beantragen. Von den weiteren Anträgen ist folgender Antrag der Abteilung Damme erwähnt, welcher einstimmig angenommen wurde:

„In Erwägung: daß der gegenwärtige Zustand der deutschen Kriegsflootte, sowohl wegen der mangelhaften Auszubildung ihres Schiffsmaterials, als auch des bedenklich unzeitigen Zustandes eines wesentlichen Theiles des vorhandenen, weder den Anforderungen an die Vertheidigung der heimischen Meeresgrenzen, der Aufrechterhaltung der so unerläßlichen überseeischen Lebensmittel-Zufuhren im Kriege, der Abwehr feindlicher Vorklode der deutschen Küsten, ferner denjenigen der Inanspruchnahme unserer Kolonialbesitzer noch der großen politischen und wirtschaftlichen überseeischen Interessen Deutschlands ausreichend entspricht, beauftragt die deutsche Kolonialgesellschaft ihr Präsidium: an den hohen Reichstag gelegentlich seiner nächsten Sitzungsperiode die Bitte zu richten, der durch den Staatssekretär des Auswärtigen bereits angeforderten neuen Flottenorganisationsvorlage, soweit diese — woran nicht zu zweifeln — in den Grenzen der unbefriedigten Bedürfnisse sich hält, seine Zustimmung geben und angesichts der vorhandenen Nothlage und der ersten Bedenklichkeit ihres weiteren Bestehens sich auch nicht vor der Bewilligung größerer Mittel scheuen zu wollen.“

Schließlich wurde noch längerer Debatte noch folgender Antrag angenommen: „Den Ausschuss zu beauftragen, der Deportation von Strafgefangenen nach den Kolonien und ihrer Beschäftigung bei öffentlichen Arbeiten näher zu treten.“

Die nächste Hauptversammlung wird in München abgehalten werden. Die Versammlung verlief in vollkommener Harmonie.

Daß das ultramontane Schreien nach Parität doch hilft, zeigt folgendes Geständnis der „Köln. Volksztg.“:

Nach den schon so oft mit Recht erhobenen Klagen über Mangel an Parität berührt es angenehm, wenn wenigstens auf dem Gebiete des höheren Schulwesens die Regierung Entgegenkommen zeigt. Waren schon 1894—95 die Verhältnisse an den königlichen oder rein staatlichen Anstalten entschieden besser als in vielen anderen Ressorts, so zeigt das Jahr 1895—96 nach dem kürzlich erschienenen Kalender für das höhere Schulwesen Preussens einen weiteren Fortschritt. 1894—95 gab es an den oben bezeichneten Anstalten 1558 evangelische, 621 katholische und 5 jüdische Oberlehrer (in Prozenten 71,34 evangelische, 28,43 katholische und 0,23 jüdische Stellen). Im verflochtenen Schuljahr ist die Zahl der jüdischen Stellen um eine zurückgegangen, während die der evangelischen und katholischen Stellen um 36 erhöht hat. Von den 2220 Stellen des Vorjahres entfallen 1561 auf protestantische, 655 auf katholische und 4 auf jüdische Philologen. Während also die Zahl der evangelischen Oberlehrer nur um 3 gewachsen ist, hat sich die Zahl der katholischen um 34 vermehrt, jedoch die katholischen 29,50 Prozent ausmachen. Die Verbesserung beträgt mithin mehr als 1 Prozent. Ob allerdings die Regierung auch in den folgenden Jahren so handeln kann, hängt, abgesehen von anderen Dingen, auch davon ab, wie viele Katholiken sich dem Studium der Philologie widmen werden. Augenblicklich ist die Zahl der jüngeren katholischen Philologen viel zu klein. Stehen doch den 159 evangelischen Probe-Kandidaten des Vorjahres nur 30 katholische und den 158 Seminaristengehörigen evangelischer Konfession gar nur 26 katholische gegenüber.

## Italien.

Rom, 30. Mai. In der gestrigen Kammer-Sitzung hatte die gesamte Opposition den Sitzungs-Vorfall verurteilt, um ein unerwartetes politisches Votum zu verhindern, daher war die Kammer beschlußfähig. In der heutigen Sitzung lief nach Audinis Erklärung, wodurch die sogenannte moralische Frage wieder aufgeworfen wurde, das Minister-Kabinett große Gefahr wegen des Aufstandes jener Ministerien, die seiner Zeit das Kabinett Crispi unterstüzten. Ihr Dolmetscher war Torraca, der große Begeisterung erweckte, indem er dem Ministerpräsidenten erklärte: „Wir haben Sie aufrichtig unterstützt, indem wir glaubten, weiter mit Ihnen vorgehen zu dürfen. Sie verlangen heute, daß wir feig werden, wir aber wollen keine feigen Leute sein, daher werden wir gegen Sie stimmen.“ 118 stimmten für die Regierung, 115 gegen sie ab, 15 enthielten sich der Abstimmung. Cavallotti, Zamboni und die radikalen Genossen stimmten für die Regierung, Giolitti und Genossen ebenso. Von den Sozialisten stimmte nur die Felsche für die Regierung; die anderen Sozialisten verließen den Sitzungs-Saal vor der Abstimmung, um an der Kabinettsauflösung nicht mitzuwirken. Trotz alledem wurde das Kabinett moralisch befestigt, da in der Majorität von drei Stimmen die Stimmen der Minister und Unterstaatssekretäre eingeschlossen sind. Was nun geschehen wird, ist vorläufig unbestimmt; einige sehen die Kabinettsauflösung, andere die Ministerkrise voraus. Heute Abend wird der Ministerrat seine Entscheidung treffen.

## England.

London, 30. Mai. Wie eine amtliche Drachung aus Pretoria mittheilt, sind alle Gefangenen freigelassen worden mit Ausnahme von den vier, die zum Tode verurtheilt sind und deren Fall später in Erwägung gezogen wird, und von Sampson und Davies, die kein Mitschuldigen eingekerkert hatten und über deren Fälle nicht berichtet worden war. Die Geldstrafen und die im Nichtzahlungsfalle festgesetzten Freiheitsstrafen bleiben bestehen, ebenso bleiben die Verbannungsentscheidungen in Kraft, werden jedoch für die Gefangenen in der Schwebe gelassen, welche sich verpflichten, nie wieder sich in die politischen Verhältnisse von Transvaal einzumischen.

## Rußland.

Petersburg, 31. Mai. In Hoffreien verlautet bestimmt, daß der Zar und die Zarin im Monat September dem Wiener Hofe einen Besuch abstatten werden.

## Rumänien.

Bukarest, 31. Mai. Der Metropolit Primas Oenadie erklärte, den Agitationen der Bischöfe von Galatz und Jassy nicht weichen zu wollen. Gegen positive Anklagen werde er sich zu vertheidigen wissen und sei dieserhalb bereit, einer von ihm zu bezeichnenden ausländischen Synode Rede und Antwort zu stehen.

## Griechenland.

Athen, 30. Mai. Die „Paligoretia“ theilt mit, daß heute Abend ein griechisches Geschwader, bestehend aus drei Panzerkreuzern, drei Kreuzern und einer Torpedoboot-Flotille von der Bucht von Phaleron nach Milo abgehen wird.

Athen, 31. Mai. Die griechische Flotte dampft heute noch nach den französischen Gewässern ab. Die Abordnung neuer türkischer Truppen ruft eine erbitterte Stimmung hervor. Die Mäler führen ebenfalls dagegen eine erregte Sprache.

## Türkei.

Konstantinopel, 31. Mai. Mündliche Vorstellungen der Botschafter bei der Pforte wegen sofortiger Ernennung eines christlichen Gouverneurs in Zeitun wegen Verheerung geordneter Zustände auf Kreta sind in dringender Form gemacht worden.

Das deutsche Kriegsschiff „Coren“ geht nicht nach Kreta, da die Interessen der Deutschen dortselbst durch Oesterreich-Ungarn vertreten werden.

## Die Berliner Gewerbeausstellung.

Eine der Hauptfeiern der Ausstellung wird nach ihrer Vollendung die große farbige Fontaine vor dem Hauptindustriegebäude sein. Man hat solche Fontaines luminescentes das erste Mal in größerem Maßstabe auf der Pariser Weltausstellung im Jahre 1889 ausgeführt und damit einen durchschlagenden Erfolg erzielt. Es handelt sich dabei um eine eigenhändige optische Erscheinung. Wenn ein Lichtstrahl einmal in einem Wasserstrahl eingeschlossen ist, z. B. mit ihm durch dieselbe Ausflußöffnung tritt, so geht er nicht etwa geradlinig weiter, sondern folgt dem Wasserstrahl in allen seinen Krümmungen. Er ist gewissermaßen eingeschlossen, da er von den Flächen, in denen sich Wasser und Luft berühren, überall zurückgeworfen wird. So gewährt denn ein derartig erleuchteter Strahl im Dunkeln einen Anblick, wie etwa weißglühendes Eisen, und mit gefärbten Gläsern lassen sich zauberhafte Effekte hervorbringen.

In der praktischen Ausführung nun bietet das einfache Prinzip doch einige Schwierigkeiten. Es war nötig, unter dem Springbrunnen-Bassin eine unterirdische geräumige Kammer anzulegen. Hier haben die gewaltigen Lichtquellen Platz gefunden, deren Strahlen, durch kunstvoll geschliffene Spiegel gesammelt, parallel gerichtet und in die aufsteigenden Wasserstrahlen geworfen werden. Während wir oben stehen und die leuchtende beständig wechselnde Farbenpracht bewundern, herrscht hier unter den Wassern reges Leben, und in nächster Nähe schaffen dort die Zauberer, deren Werk uns blendet.

Möglich wurde dies Werk erst durch unser technisch so vervollkommenes Bogenlicht, und dasselbe gilt von den großen Scheinwerfern, die auf unserer Kriegsmarine schon lange im praktischen Gebrauch sind. Wir erblicken ihnen solchen auf dem Wasserturm im Hauptgebäude, gegenüber der farbigen Fontaine. Es ist eine gewaltige Bogenlampe, welche tausende von Normalkerzen Lichtstärke ausstrahlt. Durch einen großen Parabolspiegel werden die Lichtstrahlen alle gleichgerichtet und gehen nun als geschlossenes Lichtbündel meilenweit.

Mit dem Scheinwerfer in der Gewerbeausstellung wird es möglich sein, auf eine deutsche Weise hin die Gegend hell zu beleuchten, und mancher Wanderer mag erschrocken zusammenfahren, wenn er plötzlich Lichtbergeschehen daheim, um nach wenigen Sekunden, wenn der Lichtstrahl weiter wandert, wieder im tiefen Dunkel zu versinken. In Treptow dient der Sander ja nur dem Vergnügen der Gimmohner; auf der See aber ist er das beste Schutzmittel gegen die heimlichen Torpedoboots, welche trotz aller Vorkehrungen verrathen sind, sowie sie in den hellen Streifen kommen.

## Mittheilungen aus dem Grundbesitz.

## Noch einmal die Stempelung der Miethsverträge.

Von allen neueren Gesetzen ist wohl keines so eingehend öffentlich erörtert worden, als das neue Stempelgesetz, und aus den einzelnen Positionen des Gesetzes darf füglich der Miethsstempel das Recht für sich in Anspruch nehmen, längst vor seinem Inkrafttreten in der ausgedehnten Weise behandelt zu sein. Selten wird eine andere neue Gesetzmaterie mit so zahlreichen Kommentaren und Monographien den Büchermarkt überfluthet, wie es der Miethsstempelstempel gethan hat. Und dennoch zeigt sich schon jetzt, nach wenigen Tagen des Inkrafttretens der neuen Bestimmungen, das Unglück der bisherigen Literatur. Was aller Scharf sinn der Juristen an möglichen Fällen zu kombinieren und voranzutreiben nicht vermochte, das hat die geschäftliche Praxis gleich in den ersten Tagen an Fragen aufgeworfen, die der schärfsten Beantwortung bedürfen. Auch unsere eigenen wiederholten Erläuterungen, schreiben das „Grundbesitzgesetz“, sind nicht so erspöndend, daß durch dieselben alle Fragen der Zeit entstehenden Fragen erledigt erscheinen könnten, und es wird dadurch nicht ausgeschlossen bleiben, daß das steuerpflichtige Publikum sich in Zweifelsfällen an die Steuerbehörde wendet, um hier eine zuverlässige und gegen alle nachtheiligen Folgen schützende Auskunft zu erhalten. Hierbei hat sich schon jetzt in Bezug auf den Stempelsteuer eine ganz merkwürdige, weil verschiedene

artige Behandlung der Einzelfälle gezeigt. Aus den uns vorliegenden zahlreichen Antwortschreiben der Steuerbehörden lassen sich drei Gruppen bilden: die erste umfaßt die kurz abgehandelten Antworten des Hauptsteueramts für inländische Grundbesitzer, die zweite die Bescheide des königl. Stempelsteuer-Amtes und die dritte Gruppe das Schreiben des Finanzministers über die gegenwärtig am meisten interessierende Frage, nämlich über die Berechnung der Nebenabgaben bei Feststellung der Miethshöhe. In den Antwortschreiben der ersten Gruppe ist den Supplikanten, ausschließlich Berliner Hauseigenen, auf allgemeine Fragen wegen der Stempelberechnung, wie sich solche bei ihren Vermietungen häufig ergaben, von dem Hauptsteueramt, an das sie sich gewendet hatten, der Bescheid geworden, daß sich auf Anfragen aller gemeiner Art die Pflicht zu einer rechtlichen Beilegung nicht erstreckt. Nach dem bekannt gegebenen Ausführungsbefestimmungen zum Stempelsteuergesetz habe vielmehr das Hauptsteueramt auf solche Fragen Auskunft zu geben, welche sich auf bestimmte, mit der betreffenden Anfrage vorzulegende Urkunden beziehen. Eine Beantwortung der gestellten Frage erfolgte nicht. Etwas entgegenkommender zeigte sich das königl. Stempelsteuer-Amt, das auf die gleiche Anfrage — es war hier, wie im ersten Falle, gefragt worden — bis zu welchem Betrage Nebenabgaben von der Miethssumme bei der Stempelberechnung in Abzug gebracht werden könnten — unter Berechnung von 30 Pf. Schreibgebühren für den Bescheid erwiderte, daß in einem Miethsvertrage enthaltene Nebenabreden über sogenannte Nebenabgaben für Gas, Miethsbuhr, zc., auch wenn der Werth derselben 150 Mark übersteigt, mit einem besonderen Vertragstempel von 1 1/2 Mark

nicht zu versteuern sind und daß Duplikate von Miethsverträgen, falls in letzteren lediglich das Miethsakommen beurkundet ist, nicht stempel-pflichtig sind, weil in diesem Falle auch das Hauptexemplar keinen Stempel erfordert. Am klarsten ist noch der als besondere Gruppe erwähnte Bescheid des Finanzministers, der auf eine an ihn gerichtete Anfrage ergangen ist. Hierin erklärt der Finanzminister die in den Miethsverträgen üblichen Bestimmungen über Nebenleistungen an sich stempelfrei und dann, wenn sie den Betrag von 150 Mark übersteigen; Voraussetzung sei nur, daß die einzelnen Beträge (für Mäul, Schornsteinfegergeld, Reinigung zc.) in dem Miethsvertrage angegeben werden.

Nun wird man vielleicht meinen, die ganze Sache sei so schlicht und einfach, daß jeder Vermieter sich selbst schätzen kann, wenn er mit seinen Kontraktanten in den ersten vierzehn Tagen des Jahres zum Steueramt geht und sie dort beifügt Eintragung in das Steuerregister vorlegt. Wie leicht er aber bei dieser Gelegenheit von einer Stempelstrafe erfaßt werden kann, beweist folgendes uns zugehende Mittheilung: Der Inhaber eines bekannten Kaufhauses im Centrum der Stadt schließt einen der gebräuchlichen Pförtner-Verträge, die gewöhnlich in die äußere Form eines Miethsvertrages gekleidet werden. Der Vermieter schickt den — nach dem 1. April d. J. geschlossenen — Pförtner-Vertrag zum Stempel-distributoren, der aber die Stempelung mit dem Hinweis auf das Miethsverzeichnis ablehnt, in welches der Vertrag einzutragen und daraufhin später zu verstemeln sei würde. Da dem Vermieter die Sache doch zweifelhaft schien, wendete er sich noch an das Hauptsteueramt und erhielt dann auch von dort den Bescheid, daß zu jedem Vertragsexemplar 1,50 Mark

Stempel zu verwenden sei. Man nehme nur an, daß der betreffende Herr sich bei dem Bescheide des Stempel-distributors beruhigt und den Vertrag erst im Januar in das Miethsverzeichnis eingetragen hätte, so wäre die Stempelstrafe vermieden gewesen. Das ist ein unerträglicher Zustand. Was hier durch einen Stempel-distributoren geschehen ist, kann auch einmal dem Hauptsteueramt passieren. Welche Aufklärung von der Stempelspflichtigkeit einer Urkunde die richtige ist, wird immer schwer zu entscheiden sein, und der bekannte Satz: In dubio pro fisco! wird auch in diesen Fällen angewendet werden. Unter allen Umständen müssen Garantien dafür geschaffen werden, daß der Produzent eines Vertrages nicht mit Stempelstrafe belegt werden kann, wenn er die Urkunde rechtzeitig dem Stempel-distributoren oder sonst einem Beamten, der dazu befugt war, zur Stempelung vorgelegt hat, diese aber aus irgend einem Grunde, für den man den Produzenten der Urkunde nicht verantwortlich machen kann, unterbleiben ist. Am besten dürfte es sein, wenn den Stempel-beamten Recht und Pflicht beigelegt würde, Urkunden, die ihnen vorgelegt werden und die sie nicht für stempelpflichtig halten, mit einem entsprechenden amtlichen Vermerk auf Verlangen des Vorlegenden zu versehen. Wir geben zu, diese Einrichtung mag neu und vielleicht manchmal unangenehm sein; aber die gegenwärtige Form des Miethsstempels ist auch neu, und bequem ist sie auch nicht; sie macht vielmehr die gestellte Forderung nothwendig. Eine Unannehmlichkeit kann eben nur durch eine andere ausgeglichen werden, und wenn die Finanzverwaltung neuerdings alle Beamten zum Fahren auf Stempel-beraubungen anruft, so ist es billig, daß sie auch Einrichtungen trifft, um Leben vor Nachtgeil

und Strafe zu schützen, der bereit ist, seiner gesetzlichen Stempelspflicht zu genügen.

**Rechtskraft nichtschriftlicher Miethsverträge.** Ein beachtenswerthe Entscheidung hat der „B. Ztg.“ zufolge das Amtsgericht I in Berlin gefällt. Ein Hauswirth hatte gegen Miether rückständige Miethse eingeklagt. Es war kein schriftlicher Miethsvertrag gemacht worden, und der Hauswirth war der Ansicht, daß es eines solchen auch nicht bedürfe, da der Vertrag mündlich abgeschlossen und in seinen Einzelheiten, namentlich auch in Bezug auf die Höhe der Miethse, für beide Parteien verbindlich sei. Dies wurde von dem Vertheidiger des Miethers bestritten. Es sei zwischen den Parteien beim Miethen vereinbart worden, daß ein schriftlicher Vertrag abgeschlossen werden sollte. Dies sei nicht geschehen, in Folge dessen könne nun auch der Vermieter aus dem nur mündlichen Vertrag keine Rechte ableiten, da eben die Voraussetzungen des Vertrages, die Schriftlichkeit, nicht erfüllt sei. In diesem Sinne hat das Gericht entschieden und die Klage kostenpflichtig abgewiesen. — Das ist die Auslegung des Amtsgerichts; die Berufungsbinstanz dürfte in der Sache anderer Meinung sein. Immerhin bildet das Urtheil einen neuen Hinweis auf die Nothwendigkeit, in jedem Falle einen schriftlichen Vertrag abzuschließen. Die kleine Mühe der Abschaffung des Vertrages kommt gegenüber den möglichen Folgen doch wahrlich nicht in Betracht.



